

Der G8-Gipfel in Heiligendamm – Aus Sicht der Gipfelstürmer

In den vergangenen Wochen hat kaum ein Thema die Medienwelt derart bestimmt, wie der G8-Gipfel in Heiligendamm. Bereits im letzten Jahr wurde mit dem Bau des 13km langen Zaunes begonnen, der die Präsidenten der G8 vor Kritik schützt, dann die Debatten über den Einsatz der Bundeswehr im Innern. Die letzten Wochen vor dem Gipfel ließen Schäuble und seine Länderkollegen Wohnungen von Aktivisten und Netzwerkstellen durchsuchen, ohne Erfolg, wie sich hinterher herausstellte. Der G8-Gipfel war eine geplante Inszenierung von Macht, aber auch von Bedrohung, Terror und Gewalt. Mit den Hausdurchsuchungen, den Demonstrationsverboten und den dauernden Beschwörungen des schwarzen Blocks sollten die Proteste kriminalisiert werden.

Stattdessen haben sich in Rostock am 2.Juni mehr als 80.000 Menschen friedlich, aber machtvoll gegen die Politik der G8 gewandt, welche an den darauf folgenden Tagen unter der Präsidentschaft der Kanzlerin Merkel stattfand in Heiligendamm trafen. Die G8, die selbsternannten mächtigsten Staaten der Welt(D, F, USA, J, I, CND, RUS, GB) sind ein informelles Netzwerk, die ihr gemeinsames Vorgehen in der Welt auf ihren Gipfeln beraten. Das, was sie auf den Gipfeln beschließen, setzen sie dann, gegen den Willen von 6 Milliarden Menschen in der Welthandelsorganisation, dem Weltwährungsfonds, der UNO und in anderen Gremien um, in denen die G8 einen Vorrangstellung haben. So sind die G8-Staaten auch gleichzeitig die größten Geld und Kreditgeber der Weltbank und des IWF, mit deren Hilfe die Dritte Welt mit Krediten versorgt wird und so in Abhängigkeit zum Westen gehalten wird. Will ein armes Land nun also Kredite von der Weltbank oder dem IWF, so muss es erst die geforderten neoliberalen Reformen umsetzen, ehe ein Land an Kredite gelangt. Ein eindrucksvolles Beispiel, wie ganze Volkswirtschaften vor den Baum gefahren werden bildet Argentinien. Hier hat die Politik derart gewütet, dass der Staat bankrott ging. Die Forderungen der Kreditgeber bedeuten meist eine Öffnung und Liberalisierung der Märkte für Waren des Westens, eine Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und eine Politik nach den Vorgaben der G8.

Um gegen dieses Unrecht zu kämpfen und zu demonstrieren sind viele Tausend Menschen nach Rostock gekommen. Mit der Auftaktdemo am Samstag wurde ein eindrucksvolles Zeichen gegen Krieg, Umweltzerstörung, Armut und Hunger gesetzt. Ab Dienstag fand in Rostock auch ein breit angelegter Alternativgipfel statt, auf dem Vertreter der Umweltorganisationen, der Menschenrechtsgruppen, der Landlosenbewegung Lateinamerikas oder Indiens, aber auch der Kirche, Gewerkschaften und vieler anderer linker Gruppen über Alternativen zum Neoliberalismus und zur flächendeckenden Privatisierung diskutierten. Jean Ziegler, UN-Beauftragter für das UN-Menschenrecht auf Ernährung eröffnete den Alternativgipfel und machte klar, dass kein Kind auf der Erde hungern müsste, sondern der Hunger in der Welt Ausdruck einer perfiden Weltwirtschaftsordnung ist. „Jedes Kind das heute verhungert, wird von den Agrar- und Lebensmittelkonzernen ermordet“. So sein Urteil.

An den jeweiligen Tages des Gegengipfels gab es thematische Schwerpunkte, wie Krieg und Militarisierung, Flucht und Migration, globale Landwirtschaft, Bildungspolitik, Hunger und Armut, sowie ein Aktionstag zum Umweltschutz.

Neben den vielen Demonstranten waren aber auch rund 20.000 Polizisten vor Ort. Ihr Auftrag war die sichere und störungsfreie Durchführung des Gipfels, weniger die Sicherung der Grundrechte, speziell des Demonstrationsrechtes. Dies wurde bereits im Vorfeld des Gipfels von den politisch Verantwortlichen deutlich gemacht. Auch damit wurden die Proteste, ohne auf die inhaltliche Kritik einzugehen, kriminalisiert und alle KritikerInnen des G8-Gipfels unter Generalverdacht gestellt.

Denn, wie in den Wochen zuvor wurde, wenn über Heiligendamm beraten wurde, wurde ausschließlich über mögliche Gewalt gesprochen und ein schauerliches Bedrohungsszenario entworfen. Es fällt sehr schwer an Zufälle zu glauben, wenn man die Debatten über Gewalt verfolgte und nun sieht, was da passiert. So wurde nicht davor zurückgeschreckt KritikerInnen des G8-Gipfels des Terrors zu verdächtigen, jedoch ohne irgendwelche

Beweise für derartige Behauptungen vorzulegen. Um es gleich klar zu stellen, ich wende mich gegen das Werfen von Steinen, egal ob von Polizisten oder von Demonstranten.

Aber das konkrete Vorgehen der Polizei steht eher im Licht der Eskalation. War doch vor Ort von Deeskalation nur wenig zu merken. 60 Kommunikationsbeamte bei 20.000 Einsatzkräften. Permanent wurden DemonstrantInnen provoziert und die Stimmung angeheizt, ganz zu schweigen, von ständiger Überwachung durch Hubschrauber und sogar durch Tornados der Bundeswehr. Bei den Blockaden am Mittwoch und Donnerstag konnten sogar vermummte Zivilpolizisten von den Demonstranten aufgegriffen werden, die zum Werfen von Steinen aufforderten. Das zeigt, was allzu oft von Polizeiseite her negiert wird. Die Polizei hat ein reges Interesse an der Eskalation, so ist auch ihre Politik gegenüber den Medien zu verstehen. Von 500 Verletzten, davon 25 schwer Verletzten Beamten war die Rede am Abend des 2.6., tatsächlich waren in der gesamten Zeit lediglich 2 Beamte bei einem Arzt vorstellig. Das zeigt, wie sehr hier übertrieben wurde.

Weit weniger wurde über die massiven Grundrechtsverletzungen berichtet. Man verweise auf die GeSa, die Gefangenen Sammelstellen, so heißen sie offiziell. Inoffiziell heißen sie Käfig und erinnern bitter an Guantanamo. Hier mussten die Gefangenen, die aus der Demo geholt wurden bis zu 3 Tagen, ohne ausreichende Versorgung, weder mit Wasser, noch mit Nahrung, unter ständiger Videoüberwachung mit mehreren Gefangenen auf ihre Verhandlung warten. Auch das Recht auf einen Anwalt, bzw. auf 2 Telefonanrufe wurde den meisten verwehrt. Dazu kaum etwas in den Medien, im Gegenteil. Das Vorgehen, insbesondere der Käfige wurde bagatellisiert und als Not- und Ausnahmesituation abgetan, seien doch die Gefangenen selber Schuld, sie hätten ja ihr Demonstrationsrecht nicht wahrnehmen müssen. Im übrigen wurden von den rund 1.000 Gefangenen nur 8 verurteilt.

Die Provokation der Polizei machte sich auch anders deutlich. Beim Aktionstag für globale Bewegungsfreiheit, also zum Thema „Flucht und Migration“, am Montag, dem 4.6. wurde eine Demo mit 10.000 Teilnehmenden 2 Stunden, ohne Angabe von Gründen aufgehalten. Die Einsatzleitung vor Ort, konnte die Weisungen des Kavala-Stabes, der die Gesamtverantwortung trug, nicht teilen, dass es in der Demo gewaltbereite Autonome gäbe und ließ die Demo dann doch loslaufen. Nach nur kurzer Zeit, wurde die Demo wiederholt gestoppt. Hinter einem S-Bahndamm standen 10 Wasserwerfer und 3000 Polizisten bereit und warteten auf den Einsatzbefehl. Die Polizei schien nur zu warten, dass der erste Stein fliegt, um endlich losschlagen zu können, anders ist der gewählte Ort zum erneuten Halt nicht zu erklären, das Gleisbett der Straßenbahn. Aber es hat sich gezeigt, dass Solidarität und der gemeinsame Wille, nicht den Bedrohungsszenarien von Polizei Medien entsprechen zu wollen, stärker sind, als Provokationen der Polizei.

Um so mehr müssen die Gewalt der Polizei, der Einsatz der Bundeswehr und die Grundrechtseinschränkung skandalisiert werden. Die Polizei verfolgt, und das hat Rostock belegt, eine eigene Politik, die sich jeder Kontrolle entzieht und nach eigenen, willkürlichen Kriterien funktioniert.

Aber, lassen wir uns nicht von der Polizei in Ecken drängen, in die wir nicht gehören. Kritik an der G8 und ihrer Politik ist nötiger denn je, denken wir über Alternativen nach und machen wir uns für eine gerechte Welt stark! Eine andere Welt ist möglich.